



EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ- UND POLIZEIDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DE JUSTICE ET POLICE
 DIPARTIMENTO FEDERALE DI GIUSTIZIA E POLIZIA

Bern, **25. Feb. 1992**

Kennntnis genommen:
 Pris connaissance: *Mu*
 26. Feb. 1992

Nicht an die Presse

An den Bundesrat

Informationsnotiz

Besuch von Bundesrat Arnold Koller in London, 19. - 21. Februar 1991

Auf deren Einladung hielt der Unterzeichnete vor der European-Atlantic Group in London eine Rede zum Thema "Switzerland's Role in Europe". Er benutzte diesen Anlass für mehrere Gespräche auf Regierungsebene.

1. Mit **Tristan Garel-Jones** (G-J), Staatsminister im Foreign and Commonwealth Office, kamen die jüngsten Entwicklungen der Verhandlungen über den EWR-Vertrag zur Sprache. G-J bedauerte die Verzögerungen des Verhandlungsschlusses, die sich aus der erneuten Konsultation des Europäischen Gerichtshofes ergeben. Er vertrat die Auffassung, dass ungeachtet von Einwänden seitens von Mitgliedern des Europäischen Parlamentes dieses dem EWR-Vertrag zustimmen werde. G-J unterstrich nachdrücklich die Notwendigkeit des Lobbying für den EWR-Vertrag bei Mitgliedern des Europäischen Parlamentes, insbesondere bei französischen, dänischen und deutschen Parlamentariern sowie namentlich bei Willy de Clerq.

Gemäss G-J wird unter der britischen EG-Präsidentschaft die Erweiterung der EG um Oesterreich, Schweden, Finnland und ev. Norwegen Priorität einnehmen. Verzögernde Opposition seitens gewisser Mitgliedstaaten könne aber auch hier nicht ausgeschlossen werden. Das Vereinigte Königreich würde es auch begrüssen, wenn das Beitrittsgesuch der Schweiz im selben Zug behandelt werden könnte. Der Unterzeichnete wies darauf hin, dass ein schweizerisches Bei-



trittsgesuch aus innenpolitischen Gründen vor der Volksabstimmung über den EWR-Vertrag kaum wahrscheinlich sei.

Der vorgesehene Kalender (Beitrittsverhandlungen 1993; Ratifikation 1994; Beitritt Januar 1995, so dass die neuen Mitglieder ein Jahr Mitgliedschaftserfahrung vor der Regierungskonferenz 1996 haben) sei ehrgeizig, aber möglich. Schweden wolle diesen Fahrplan im Gegensatz zur Schweiz beschleunigen.

Die gemeinsame Aussen- und Sicherheitspolitik der EG böte für die Neutralen gewisse Schwierigkeiten. Es empfehle sich für diese, die Entscheide der EG in diesen Bereichen genau mitzuverfolgen um Aufschluss darüber zu erhalten, was sie für Auswirkung auf die Neutralität haben. Der Unterzeichnete vertrat die Auffassung, dass jeder Beitrittskandidat das Neutralitätsproblem selbst lösen müsse. Ein Zusammengehen der neutralen Beitrittskandidaten in dieser Frage berge die Gefahr einer erneuten Enttäuschung, wie im Zusammenhang der geweckten Hoffnungen auf gemeinsame Entscheidungs- und Verwaltungsorgane.

2. Beim Innenminister, **Kenneth Baker** (B), und seinem Staatssekretär John Patten standen drei Themen im Vordergrund:

a) Asylpolitik: Der Unterzeichnete unterstrich im Hinblick auf die EG-Präsidentschaft während des 2. Semesters 1992 den Wunsch der Schweiz, dem Erstasylabkommen der EG (Konvention von Dublin) beitreten oder ein paralleles Abkommen zur Reduktion der Mehrfachgesuche abschliessen zu können.

b) Sicherheit und Terrorismusbekämpfung: Beide Seiten hoben die Bedeutung verstärkter internationaler Zusammenarbeit hervor. Deren Nutzen wurde bei der Fahndung nach den Lockerbie-Attentätern eindrücklich unter Beweis gestellt. Der Unterzeichnete unterstrich die Notwendigkeit, dass angesichts der nicht ganz befriedigenden Erfahrungen mit TREVI und der Beschlüsse von Maastricht Wege zu finden sind, um auch Nicht-EG-Mitglieder in die Zusammenarbeit der EG-Staaten insbesondere auf Ministerebene einzubinden.

c) Staatsschutz: B erklärte sich bereit, auf Beamtenebene eine schweizerische Delegation zu empfangen, welche die Organisation des britischen Staatsschutzes sowie der Informations- und Einsichtspraxis studieren könne.

3. Die Unterredung beim Lord Chancellor, **Lord Mackay of Clashfern**, bezog sich hauptsächlich auf die Rezeption des EG-Rechts durch das britische Parlament und die britischen Gerichte. Auch wenn diese mit einem bemerkenswerten Pragmatismus erfolgt, so liess der Lord Chancellor keinen Zweifel daran, dass das Vereinigte Königreich gewillt sei, einmal in einer Partnerschaft eingegangene Verpflichtungen zu erfüllen.

EIDGENÖSSISCHES JUSTIZ-
UND POLIZEIDEPARTEMENT



Arnold Koller, Bundesrat